

Leitartikel

## Auch Taiwan muss Angst vor Trump haben



Françoise Hanff

Wie sicher wäre Taiwan in der zweiten Amtszeit eines US-Präsidenten Donald Trump? Spätestens seit den Aussagen des republikanischen Kandidaten in spe zum Einhalten der Beistandspflicht der NATO dürfte man sich in der Inselrepublik zu diesem Thema Sorgen machen.

Dabei hatte Taiwan jeden Grund, bei Trumps Amtsantritt 2017 hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken. Im Dezember 2016 war es zu einem Telefonat zwischen dem US-Wahlsieger und der taiwanischen Präsidentin Tsai Ing-wen gekommen - dem ersten seit Jahrzehnten zwischen Personen in diesen Ämtern. Was für massive Verstärkung in Festlandchina sorgte, da die USA im Rahmen der sogenannten Ein-China-Politik Peking als einzig legitime Regierung Chinas anerkannt haben.

Auch während seiner Präsidentschaft war Trump Taiwan wohlgesonnen und billigte Rüstungsgeschäfte mit Taipei in Milliardenhöhe (die natürlich auch für die USA finanziell interessant waren).

Doch es war nicht Trump, sondern sein Nachfolger Joe Biden, der erstmals mit der „strategischen Ambiguität“ brach und

offen aussprach, was die USA im Falle eines Angriffs Chinas auf Taiwan zu tun gedächten: nämlich den Verbündeten militärisch zu unterstützen. Damit benannte Biden den Preis, den die Volksrepublik bezahlen müsste beim Versuch, sich die in ihren Augen „abtrünnige Provinz“ völkerrechtswidrig einzuverleiben.

Ob diese Zusage noch unter Trump 2.0 gelten würde, ist fraglich. Unlängst hat der Anwärter auf das Weiße Haus in einem Interview mit Fox News zu einer möglichen militärischen Unterstützung Taiwans gesagt: „Wenn ich diese Frage beantworte, wird es mich in eine sehr schlechte Verhandlungsposition bringen“, um dann noch hinzuzufügen: „Davon abgesehen hat Taiwan unser gesamtes Chipgeschäft übernommen“. Damit gemeint ist die Halbleiterproduktion, deren Weltmarkt Taiwan zu über 60 Prozent dominiert und die deshalb eine Art Lebensversicherung für den Inselstaat darstellt.

Mit anderen Worten könnte der „America First“-Befürworter Taiwan erpressen, ähnlich wie er es mit den NATO-Mitgliedern in Europa zu tun gedenkt. Gleichzeitig bleibt Trump der Volksrepublik in herzlicher Abneigung verbunden. Wie er sich am Ende gegenüber Taiwan verhalten würde, ist ungewiss. Wahrscheinlich hat Trump selbst keinen Plan.

Sicher ist jedoch, dass die Spannungen zwischen Taipei und Peking künftig zunehmen werden. Taiwan muss weiter daran arbeiten, massiv aufzurüsten und den Preis für einen Angriff derart in die Höhe zu treiben, dass der chinesische Drache die Klauen von der Inselrepublik lässt. Diese sogenannte Stachelschwein-Strategie wurde im Fall der Ukraine sträflich versäumt - mit den dramatischen Folgen, die wir heute kennen. 2027 wird als möglicher Zeitpunkt für einen bewaffneten Konflikt im Südchinesischen Meer genannt. Taiwan bleibt also nicht mehr viel Zeit.

Kontakt: francoise.hanff@wort.lu

Politik	2-8
Luxemburg	10-14
Notdienste	21
TV-Programm	24-25
Todesanzeigen	30-31
Wirtschaft	40-45
Kultur	46-49
Panorama	50-51
Sport	52-55

Luxemburger Wort

www.wort.lu  
Telefon 4993-1 / Abo-Hotline 4993-9393  
Verleger: Mediahuis Luxembourg

## „Die Komplexität der Prozeduren stört uns“

Bürokratieabbau und millionenschwere Aufkäufe von Bauvorhaben sind zwei Wege, wie die Regierung um Premier Luc Frieden kurzfristig neue Wohnungen auf den Markt bringen will

Von Ines Kürschat

Der Logementsdösch hatte noch gar nicht angefangen, da meldeten sich auf den sozialen Netzwerken schon kritische Stimmen zu Wort. Die sozialen Wohnungsagenturen hatte als Erste bedauert, nicht zum Treffen ins Senninger Schloss eingeladen worden zu sein, auch die Gewerkschaften protestieren.

„Ein Wohnungsbau-Tisch ohne Gewerkschaften, Mieterschutz, SNHBM und Fonds du Logement ist wie eine Uhr ohne Zeiger - ohne Richtung und Orientierung“, fasste der ehemalige Arbeitsminister und LSAP-Abgeordnete Georges Engel die Kritik in einem Tweet. Der guten Laune von Premierminister Luc Frieden (CSV) tat das keinen Abbruch, als er Donnerstagmittag vor die versammelten Medienvertreter trat. Die Gespräche zwischen der Regierung und Vertretern

der Immobilien- und Baubranche sowie dem Gemeindefonds Syvicol seien in „extrem konstruktiver und angenehmer“ Atmosphäre verlaufen. Alle verfolgten dasselbe Ziel - schneller mehr Wohnungen zu bauen und dies zu einem bezahlbaren Preis.

**Baugenehmigungen künftig zwei Jahre gültig**

6.000 Wohnungen, so rechnet Frieden, braucht das Land, um die jährlich rund 12.000 neuen Einwohner, die oft für die Arbeit nach Luxemburg ziehen, angemessen zu beherbergen. Sie zu bauen, so das Angebot an Wohnungen insgesamt zu erhöhen und Einfluss auf den Preis zu nehmen, sei nicht ohne die Privatwirtschaft zu bewerkstelligen. Da sind sich CSV und DP einig. Hauptpiste, um die Bauvorhaben im Wohnungsmarkt zu beschleunigen, ist für die Regierung ein mannigfaltiger Bürokratieabbau. Mannigfaltig, weil die „administrative Vereinfachung“ gleich mehrere Ebenen einbeziehen soll. Das fängt bei der Dauer der bislang auf ein Jahr begrenzten Baugenehmigungen an. Sie will die Regierung auf zwei Jahre verlängern. „Damit der Bürger nicht mehr ewig auf etwas warten muss“, be-

● **Der Bürger soll nicht mehr ewig auf etwas warten müssen.**

Luc Frieden, Premierminister zum Bürokratieabbau





gründet Frieden diesen Schritt. Reagiert eine Gemeinde nicht binnen Frist, soll das Schweißen als Zustimmung gewertet werden. Noch steht die Frist nicht fest, im Gespräch sind vier Monate. Außerdem sollen Bauvorhaben schneller genehmigt werden.

#### Verhältnismäßigkeitsprüfung für Natur- und Umweltauflagen

Alle bei einem Bauvorhaben von Wohnungen involvierten Verfahren sollen zudem einer gründlichen Prüfung hinsichtlich, wie es Frieden nennt, ihrer Verhältnismäßigkeit unterzogen werden.

Dabei prüfen die Ministerien offenbar mit folgender Prämisse: Die vorige Regierung habe in diversen Fällen Vorgaben aus Europäischen Direktiven im Bereich Umwelt- und Klimauflagen eher extensiv ausgelegt und entsprechend in nationale Gesetze gegossen. Die neue Devise unter CSV/DP scheint künftig zu

#### Wo Baugrundstück draufsteht, muss gebaut werden können.

Michel Reckinger, UEL-Präsident

sein: Nur noch so viel Umweltschutz wie nötig respektive von Brüssel vorgeschrieben.

Bemerkenswerterweise sind einige Aussagen Friedens fast deckungsgleich mit denen der Vertreter der Baubranche: Frieden will, dass auf ausgewiesenem Bauland gebaut werden kann, ungeachtet dessen, ob nach längerem Brachliegen Hecken oder sonstige Biotope darauf gewachsen sind. Das klingt nicht viel anders, als was UEL-Präsident Michel Reckinger dem „Wort“ einen Tag vor dem Logementsdësch erklärt hatte: „Wo Baugrundstück draufsteht, muss gebaut werden können.“ Wie genau dieser „Natur auf Zeit“-An-

satz geregelt werden soll, erläuterte Frieden aber nicht. Die Bestimmungen zur Finanzierung von Bankkrediten sollen ebenfalls genauer überprüft werden. Bisher liegt der Anteil, mit denen größere Wohnprojekte vorzufinanzieren sind, bei 80 Prozent, eine Überlegung ist, diese auf 60 oder 70 Prozent herabzusetzen – und somit Bauvorhaben schneller voranzubringen.

#### Arbeitsgruppe zu Bürokratieabbau, kein zweiter Logementsdësch

Die Überlegungen sollen ab sofort in einer Arbeitsgruppe bis Ende Mai vertieft werden. Deren Zusammensetzung dürfte wiederum auf Kritik stoßen: In der Arbeitsgruppe sind die Vertreter vorgesehen, die jetzt schon am Logementsdësch dabei saßen. Eine zweite Beratungsrunde hält Luc Frieden für nicht mehr nötig. Danach sei es an Regierung und Chamber, sich mit den Vorschlägen zu befassen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ein weiterer Ansatz ist, die Ausschreibungsverfahren zu straffen, das dürfte indes nicht so einfach sein – die Regeln sind teils durch europäische Richtlinien vorgegeben. Jeder Ressortminister, in dessen Kompetenzprozeduren zum Wohnungsbau liegen, soll diese ebenfalls auf ihre Proportionalität hin überprüfen. Dies ebenfalls bis Ende Mai, damit die Regierung danach „Schlussfolgerungen ziehen kann“, so Frieden, der zur Eile mahnt: „Die Krise ist groß“.

Der Staat wird zudem auch kurzfristig direkt in den Wohnungsbaumarkt eingreifen, indem er größere Wohnungsprojekte von privater Hand aufkauft. Noch diese Woche sollen Verträge für rund 100 Millionen Euro und 170 Wohnungen von der öffentlichen Hand aufkauft werden. Insgesamt will der Staat in dieser Legislaturperiode weitere 500 Millionen investieren und damit 800 zusätzliche Wohnungen auf den Markt bringen. Außerdem sollen diesbezügliche Private-Public-Partnerships verstärkt geprüft werden.

## „Wir müssen Sparmaßnahmen umsetzen“

Hohe Ausgaben und steigende Schulden: Es wird laut Minister Gilles Roth zu Einsparungen kommen. Unklar ist, wo die Regierung den Rotstift ansetzt

Von Ines Kurschat

Die Katze ist aus dem Sack: Premierminister Luc Frieden (CSV) hatte es beim Pressebriefing angekündigt, auf RTL Radio bestätigte der Finanzminister Roth (CSV) angesichts der angespannten Wirtschaftslage: Es wird zu Sparmaßnahmen kommen. „Wir hatten letztes Jahr eine leichte Rezession, dieses Jahr bekommen wir einen leichten Wirtschaftsaufschwung“, beschreibt Gilles Roth das schwierige Umfeld.

Ausgangspunkt sei der Kassensturz gewesen, der bei den Koalitionsverhandlungen im Schloss Senningen präsentiert wurde. Damals waren die Schulden des Zentralstaats auf geschätzte 35 Milliarden veranschlagt worden. Roths Ziel ist es, zusammen mit den Ministerkollegen „dieses Jahr schon das Defizit herunterzufahren“, so Roth. Dabei soll insbesondere der „negative Scheren-Effekt“ umgedreht werden, also, dass derzeit die Ausgaben des Staats schneller wachsen als die Einnahmen, präzisierte der Finanzminister gestern gegenüber RTL.

Das gehe nur mit Sparmaßnahmen. „Wir müssen schauen, dass wir die Progressivität der Ausgaben abflachen“, so Roth. Nur so könne die Wettbewerbsfähigkeit des Luxemburger Wirtschaftsstandorts mittel- und langfristig erhalten werden.

#### Einspareffekte durch strengere Einstellungspolitik beim Staat

Ein Ansatzpunkt sei die Einstellungspolitik beim Staat. Die Regierung werde verstärkt darauf achten, „sinnvoll einzustellen“. Mittels Digitalisierung soll die Effizienz in den Verwaltungen erhöht werden, Abläufe und Verfahren werden verstärkt digitalisiert und automatisiert. „Ja, die Investitionen muss jede Regierung, besonders in einem antizyklischen Moment, hochhalten“, so Roth. „Aber wir müssen auch schauen, ob wir Bürogebäude benötigen, die 15.000 Euro pro Quadratmeter kosten.“

Auf der Seite des Staats sieht Roth Einsparpotenzial bei den Infrastrukturen und den Unterhaltungskosten von Gebäuden. Dazu, ob angesichts der angespannten Wirtschaftslage eine Krisensteuer notwendig werden könnte, wollte sich Roth nicht äußern: „Im Regierungsprogramm sind zu diesem Zeitpunkt keine Steuererhöhungen vorgesehen“, so der Finanzminister.

Das Staatsbudget für 2024 sei ein Übergangshaushalt. Man wolle hauptsächlich bei der Entwicklung der Staatsschuld Akzente setzen. Roth versprach, die Regierung werde darauf achten, den Leuten nicht zusätzlich Steuern aufzudrücken. Ab 2025 sei angedacht, die Steuern für die Unternehmen herabzusetzen.

Zu einem möglichen „phasing out“ des Energiepreiskeckels, der bis zum Ende des Jahres gilt, betonte der Finanzminister, die Regierung könne den Preisdeckel „nicht ewig wei-



Finanzminister Gilles Roth skizzierte im Radio erste Ansätze, wo der Staat sparen will. Foto: EU Council

terführen“. Die Empfehlung, diesen abzusenken, komme von der Europäischen Kommission. Roth stellte in Aussicht, mit den Sozialpartnern „in Ruhe und mit Fingerspitzengefühl“ gemeinsam zu sondieren und sich auf eine Zeitschiene zu einigen, ab wann der Energiepreiskeckel abzuflachen sei: „Jeder muss dazu beitragen.“ Auch die Energieerzeuger möchte die Regierung einbeziehen, schließlich hätten sie in der Energiekrise enorme Gewinne gemacht.

#### Regierung will von geretteten Banken Gegenleistung

Im Hinblick auf den Logementsdësch plädierte Roth dafür, die Banken stärker zu beteiligen. Der Staat, als Miteigentümer bei verschiedenen Banken, „sollte Retour bekommen für die Rettungsmaßnahmen“, die während der Bankenkrise unternommen wurden. „Da ist ein Willen da“, ist Roth überzeugt. Eine Überlegung sei, dass die Banken kurzfristig verstärkt in den Wohnungsbausektor investieren.

Die fiskalpolitischen Maßnahmen für den Wohnungsbau verteidigte Roth: Der Staat habe auch eine Verantwortung, die soziale Kohäsion abzusichern, daher müsse der Staat den Wohnungsmarkt stimulieren. Roth hofft so, Entlassungen im Bausektor zu vermeiden.

Zu weiteren Forderungen seitens der Promotoren, sagte der Minister zu, diese zu prüfen. Eine Antwort sei aber bereits im kürzlich geschnürten Hilfepaket enthalten: Der „Bellege Akt“ (20.000 Euro pro Person, die in neue Wohnungen investiert), könne auch von Investoren beantragt werden.

Binnen eines Jahres sollen zudem die zuständigen Ministerien, also Wohnungsbau, Innen- und Finanzministerium prüfen, wie eine Spekulationssteuer und eine Grundsteuerreform umgesetzt werden kann. „Selbstverständlich steht die Regierung zur Spekulationssteuer und zur Reform der Grundsteuer“, betonte Roth. Damit allein aber sei der Bau- und Wohnungskrise nicht beizukommen.



Premierminister Luc Frieden informiert die Medien über die Beratungen am Logementsdësch im Senninger Schloss. Foto: Gerry Huberty